



Freitag, 14. Januar 2022, 13:00 Uhr
~4 Minuten Lesezeit

Mit Haltung in die Spaltung

Die Spaltung zu überwinden, fordern ausgerechnet jene Politiker, die noch den Spaten in Händen halten, mit welchem sie die gesellschaftlichen Gräben geschaufelt haben.

von Manovas Leserinnen und Leser
Foto: Niyazz/Shutterstock.com

Häufig sind Worte das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen. So etwa, wenn Politiker sich

hinstellen und salbungsvolle Phrasen von sich geben, wie wichtig es doch sei, die gesellschaftlichen Gräben zu überwinden. Wenig glaubwürdig ist das, wenn die Worte aus jenen Mündern kommen, die zuvor mit spitzer Zunge einen großen Teil der Gesellschaft zur „radikalen Minderheit“ erklärt haben. Diese Paradoxie nicht zu erkennen, zeigt, dass viele im Amt befindliche Politiker zunehmend den Kontakt zur Realität verlieren.

von Torsten Küllig

Am Samstag, dem 8. Januar 2022, hat in Dresden eine Veranstaltung „Haltung zeigen (<https://haltung-zeigen.com>)“ stattgefunden, an der laut Sächsische Zeitung mehr als 3500 Menschen teilgenommen haben. Die Initiatoren sind Lutz Hoffmann und Dr. Annalena Schmidt. Letztere zog 2016 von Hessen nach Bautzen. 2018 wurde sie als Botschafterin für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet. Doch Kritiker halten ihr vor, Menschen mit konservativen Haltungen nicht zu tolerieren. Schmidts Auftreten polarisiert. Auch hat Annalena Schmidt während ihrer Stadtratstätigkeit in Bautzen öfter unter Beweis gestellt, über welche zweifelhaften integrativen Fähigkeiten sie für eine gemeinsame Stadtgesellschaft verfügt (<https://www.saechsische.de/plus/bautzen-twitter-annalena-schmidt-kritik-fdp-buergerbuendnis-5219571.html>).

Selbst Bautzens Oberbürgermeister Ahrens (SPD) empfahl Schmidt, künftig ihre Wortwahl zu überdenken.

Sind solche Personen wirklich die richtigen Akteure, um der voranschreitenden Spaltung in unserem Land, in unserer Stadt

entgegenzutreten? Aus Sicht des Dresdner Oberbürgermeisters und seiner Beigeordneten scheint es so. Das Stadtoberhaupt hatte diese Veranstaltung bereits ab 4. Januar über die offizielle Homepage der Stadt Dresden **beworben**

(https://www.dresden.de/de/rathaus/aktuelles/pressemitteilungen/2022/01/pm_004.php?pk_campaign=RSS&pk_kwd=news).

Nun ist es aber immer das Gegenteil von rechtsstaatlich gebotener Neutralität, wenn das Stadtoberhaupt, der gleichzeitig oberster Chef der Ortspolizei- und Versammlungsbehörde ist, öffentlich für bestimmte Veranstaltungen Partei ergreift. Gerade bei Menschen, die in der DDR sozialisiert wurden, ruft das immer noch unangenehme Erinnerungen hervor.

Eine Demonstration für die Politik der Regierung ist keine Demonstration, sondern eine Kundgebung. Kundgebung, genau das ist auch der verräterische Begriff, den die Stadtverwaltung in ihrer Pressemitteilung selbst verwendet.

Selbstverständlich ist das Gedenken an Verstorbene ein ehrenwertes Ziel, dem ich mich auch nicht verweigere, wäre da nicht die Begriffskontaminierung und ideologische Einfärbung, ohne die die von den Medien auffällig gepushte Kundgebung nicht auskommt. So heißt es in dem gemeinsamen Aufruf der Initiatoren:

„Liebe Menschen in Dresden, während sich zahlreiche Menschen in den unterschiedlichsten Berufen und Berufungen für ein soziales Miteinander engagieren, Hilfe leisten und Leben retten, gehören mittlerweile auch wöchentliche Demonstrationen der sogenannten ‚Querdenker‘, die regelmäßig von Gewalt und Krawallen begleitet werden, zum Stadtbild. Bewusst sucht dieser Personenkreis den Schulterschluss mit der rechtsradikalen Szene und lässt sich durch ‚Freie Sachsen‘ und andere rechte Gruppen aufstacheln und vereinnahmen. Wer mit Fackeln in der Hand vor dem Haus einer Politikerin aufmarschiert, wer Morddrohungen gegen Journalisten

und engagierte Menschen ausspricht, diese auf der Straße angreift oder gar den Mord an dem Ministerpräsidenten plant, will keinen Dialog, sondern Umsturz. Wer diesem Personenkreis den Schutz in der Masse gewährt, macht sich mitschuldig.“

Ist es wirklich so? Sind wirklich alle, die montags durch ihre Spaziergänge ihren Unmut mit der gegenwärtigen Coronapolitik zum Ausdruck bringen, mitschuldig daran, dass einige Irrsinnige Mordpläne gegen den Ministerpräsidenten ausheckten?

Sind die coronamaßnahmekritischen Bürgerproteste wirklich regelmäßig von Gewalt und Krawallen begleitet? Dann hätte ich dafür bitte methodisch und statistisch sauber erbrachte Belege.

Wenn die Initiatoren unterstellen, dass jeder, der montags durch seinen friedlichen Spaziergang beispielsweise auf die Ausgrenzung von Ungeimpften hinweist oder die drohende Impfpflicht mit seiner Teilnahme ablehnt, „bewusst den Schulterschluss zur rechtsradikalen Szene sucht“, der muss das bitte auch belegen können. Anekdotische Evidenz führt uns da nicht weiter. Ansonsten unterstelle ich den Organisatoren selbst unredliche politische Eigeninteressen.

Außerdem, wo kommen wir hin, wenn zukünftig die Rechtmäßigkeit der Teilnahme an einer Demonstration an der Gesinnung einzelner Demonstranten festgemacht wird? Das verbindende Element ist das gemeinsame Ziel der Demonstranten, nichts anderes. Oder wie können die Organisatoren von „Haltung zeigen“ garantieren, dass nicht auch bei ihrer Veranstaltung radikale Kräfte eine Kerze angezündet haben?

Das Gegenteil von gut, ist meist: gut gemeint. Insofern steht zu befürchten, dass eine Veranstaltung, die ja auch zum Ziel hat, medial deutlich zu machen, „wir sind mehr“ eher das Gegenteil von dem

bewirken wird, was vielleicht bezweckt war: Die Zahl der (Montags)Spaziergänger wird steigen, weil sich viele Bürger aus der Mitte der Gesellschaft herausgefordert fühlen werden.

Na dann – Mit Haltung in die Spaltung ...

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



In Manova veröffentlichen die **Leserinnen und Leser** auch selbst.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International)** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert.
Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.